

aej-Mitgliederversammlung 2018

Beschluss Nr. 8/2018

## Schnellstmöglicher Kohleausstieg!

Die Evangelische Jugend fordert den schnellstmöglichen Kohleausstieg und Umstieg auf erneuerbare Energien. Deshalb schließt sie sich dem Beschluss „Kohleausstieg in der Energieversorgung“ der 12. Synode der EKD vom 14. November 2018 und den darin enthaltenen Forderungen an.

Insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sieht die Evangelische Jugend es als essenziell wichtig an, „den mit dem Kohleausstieg verbundenen Strukturwandel konsequent sozialverträglich zu gestalten sowie für die betroffenen Regionen Perspektiven zu eröffnen.“ Die Aufgabe, die betroffenen Regionen langfristig lebenswert zu gestalten, muss auch in Bezug auf die Bedürfnisse von jungen Menschen schnellstmöglich angegangen werden. Dies beinhaltet unter anderem:

- zukunftssichere Ausbildungsmöglichkeiten und Berufschancen,
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV),
- Ausbau der digitalen Infrastruktur,
- Kultur- und Freizeitangebote und
- Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit.

Arbeitsgemeinschaft  
der Evangelischen Jugend  
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9  
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0  
Fax: 0511 1215-299  
E-Mail: [info@aej-online.de](mailto:info@aej-online.de)

Die sozial-ökologische Transformation als notwendiger Schritt gegen den Klimawandel bedeutet auch, dass sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen für viele Menschen ändern werden. Dieser Veränderungsprozess muss gemeinsam mit den Betroffenen – speziell mit jungen Menschen – gestaltet werden, ohne dabei das Ziel aus den Augen zu verlieren, durch den schnellstmöglichen Kohleausstieg das Klima zu schützen.

Adressat\*innen: Kohlekommission, Landesregierungen,  
Bundesregierung und Bundestag

Anlage

Beschluss der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 5. Tagung „Kohleausstieg in der Energieversorgung“, 2018

## BESCHLUSS

der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

auf ihrer 5. Tagung

zum

Kohleausstieg in der Energieversorgung

Die Synode spricht sich für einen zügigen Ausstieg aus der Kohleverstromung (Braun- und Steinkohle) aus, der der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens entspricht und dazu beiträgt, dass die deutschen Klimaziele möglichst zeitnah noch erreicht werden. Dafür müssen kurzfristig die Hälfte der Kohlekraftwerke, vorrangig die ältesten und ineffizientesten, vom Netz genommen werden.

Die Synode fordert die politisch Verantwortlichen auf, den mit dem Kohleausstieg verbundenen Strukturwandel konsequent sozialverträglich zu gestalten sowie für die betroffenen Regionen Perspektiven zu eröffnen. Mit großem Interesse hat die Synode den Zwischenbericht vom 25. Oktober 2018 der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zur Kenntnis genommen, der sehr differenziert mögliche Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen darstellt. Ausdrücklich unterstützt sie die Absicht der Kommission „Klimaschutz, gute Arbeit und Wirtschaft in Einklang“ zu bringen „und damit einen Beitrag zur Umsetzung des Leitbilds Nachhaltigkeit“ (S.28) zu leisten. Die Synode begrüßt, dass die Zivilgesellschaft in den Prozess der Strukturentwicklung aktiv eingebunden werden soll, und sieht darin auch eine Aufgabe der Kirchen.

Die Synode spricht sich dafür aus, umgehend ein konkretes Kohleausstiegsdatum festzulegen. Sie knüpft damit an den Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz vom 27. Oktober 2018. Der Zeitpunkt muss wissenschaftsbasiert den internationalen Klimazielen genügen und im geplanten Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Belastbare Studien zeigen, dass ein Kohleausstieg, der den Erfordernissen der Sozialverträglichkeit, der Versorgungssicherheit und des Klimaschutzes entspricht, bis spätestens 2035 notwendig und möglich ist.

Die betroffenen Standorte und Regionen brauchen langfristige Planungssicherheit, damit sie sich auf die notwendigen Veränderungen einstellen und entsprechende Entwicklungsprozesse einleiten können. Je länger der Beginn des Strukturwandels hinausgezögert wird, umso größer wird die Gefahr, dass die Klimaziele verfehlt werden und es zu sozialunverträglichen Strukturbrüchen kommt.

Würzburg, den 14. November 2018

Die Präses der Synode  
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Irmgard Schwaetzer